

主題

Themen

**SOZIALE SICHERUNG  
UND SOZIALHILFE:  
SCHRITTE ZUR „HARMONISIERUNG“ DER  
GESELLSCHAFT IM GEGENWÄRTIGEN CHINA**

THOMAS HEBERER

**Vorbemerkung:** Unter dem Thema „Chinas neue Vielfalt. Soziale Konfliktlösungen im urbanen Raum“ wurde der folgende Beitrag in leicht veränderter Form auf der fünften Jahresakademie des China-Zentrums am 3. Mai 2005 in Sankt Augustin vorgetragen.

Der Umbau zu einer Marktwirtschaft hat vor allem im städtischen Raum zu einer Erodierung der sozialen Sicherungssysteme geführt. Von daher richtet sich die Erwartungshaltung großer Bevölkerungsteile in den Städten nun auf die Neu-etablierung solcher Systeme. Es wird erwartet, daß der Staat Maßnahmen ergreift, die das Leben stärker gegen soziale Unsicherheiten und Unwägbarkeiten sichert. Der folgende Beitrag befaßt sich zunächst mit den Ursachen für die Etablierung neuer Formen der sozialen Sicherung. Die neu gebildeten Nachbarschaftsviertel sollen Hauptträger neuer Sicherungssysteme werden. Vor allem über Sozialhilfe sollen die Stadtarmen stärker abgesichert werden. Durch diese Maßnahmen entsteht Vertrauen, das wiederum der Legitimierung und Stabilisierung des Systems dient. Mit dem Konzept der Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“ soll ein neues Ideal humaner Sicherheit realisiert werden – keineswegs ein neues Konzept, sondern eines, das der klassischen chinesischen Soziallehre entstammt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Der folgende Beitrag beruht auf Ergebnissen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten und von GUNTER SCHUBERT (Tübingen) und dem Verfasser gemeinsam durchgeführten Forschungsprojektes zum Thema „Wahlen, Partizipation und sozio-politische Stabilität in Chinas Dörfern und Nachbarschaftsvierteln“. Im Rahmen dieses Projektes hat der Verfasser 2003 und 2004 Feldforschung in sechs Nachbarschaftsvierteln in den Städten Shenyang (Nordostchina), Chongqing (Südwestchina) und Shenzhen (Südchina) in Form von qualitativen Befragungen lokaler Entscheidungsträger sowie ausgewählter Bewohner von Nachbarschaftsvierteln durchgeführt. Auf der Mikroebene wurden Daten mit Hilfe von leitfadengestützten Interviews gewonnen. Befragt wurden 140 Bewohner und 38 Funktionäre auf der Ebene der Städte, Stadtbezirke, Straßenbüros und Einwohnerkomitees.

**Die Notwendigkeit neuer Formen  
sozialer Sicherung**

In sozialistischen Gesellschaftsordnungen galt Sozialpolitik lange als eine der großen Errungenschaften, mit der kommunistische Parteien ihre Herrschaft legitimierten. Arbeitslosigkeit gab es offiziell nicht, zumal im städtischen Raum jeder Person ein lebenslanger Arbeitsplatz sicher zu sein schien. Neben der Gesundheits- und Altersversorgung umfaßten die Sozialleistungen in China seit den 1950er Jahren die Bereitstellung von Wohnraum zu geringen Mieten, die Einrichtung von Kindertagesstätten, die Subventionierung von Gütern des täglichen Bedarfs, Zulagen bei Preiserhöhungen und eine breite Palette von weiteren Sonderzulagen. Die verschiedenen Sozialleistungen wurden über die *danwei* realisiert, d.h. über die jeweilige Arbeits- oder Wohneinheit.<sup>2</sup> Zweifellos hatte China im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern damit einen hohen Grad an sozialer Absicherung erreicht.

Der ökonomische Umbau der Gesellschaft in Richtung Marktwirtschaft seit Anfang der 1980er Jahre hat zu einer Krise des Sozialsystems geführt und zugleich die ökonomische Absicherung von Risiken (Arbeitslosigkeit) notwendig gemacht. Ein nicht unerheblicher Teil der Staatsbetriebe stand bzw. steht vor dem Ruin, so daß diese Betriebe vielfach nicht mehr in der Lage waren bzw. sind, für medizinische und Rentenleistungen aufzukommen. Der Staat kann diese Aufgaben schon aufgrund der Mittelknappheit nicht übernehmen, so daß die soziale Versorgung von Teilen der städtischen Bevölkerung zunehmend nicht mehr gewährleistet ist. Dazu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit aufgrund von Stilllegungen und Personalabbau. Zwischen 9 und 12 Mio. Personen, die seit 1997 jährlich aus dem Staatssektor ausscheiden, benötigen einen neuen Arbeitsplatz, neben den ohnehin ca. 10-12 Mio. Schulabgängern pro Jahr. Das Wegbrechen der Sozialversorgung aufgrund der Schließung oder Zahlungsunfähigkeit von Staatsunternehmen ist eine wichtige Ursache der wachsenden Proteste und Unruhen im urbanen Raum, zumal das zunehmende Problem städtischer Armut unmittelbar mit der Frage der Arbeitslosigkeit verbunden ist.

Dies verdeutlicht, daß die soziale Frage gegenwärtig eine der brennendsten Fragen im urbanen Raum darstellt. Ein Bericht der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh hat bereits 2001 darauf hingewiesen, daß die wachsende soziale Unsicherheit einen Kernfaktor für soziale Unruhen in den Städten darstellt.<sup>3</sup> Die Brisanz von Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit als Zündstoff für soziale Unruhen hat die Parteiführung inzwischen erkannt. Die vom XVI. Parteitag im November 2002 gewählte neue Führung sieht in der Sozialpolitik eine Kernfrage für die Legitimität des politischen Systems sowie der Kommunistischen Partei. Von daher bemüht sie sich

<sup>2</sup> *Danwei*, die „Arbeitseinheit“, steht für den öffentlichen Betrieb (Fabrik, Behörde, Lehranstalt etc.), dem jemand angehört. Bis in die Gegenwart hinein waren die *danweis* für das gesamte Leben, auch die soziale Sicherung ihrer Beschäftigten, zuständig.

<sup>3</sup> Zhonggong zhongyang zuzhibu ketizu 2001.

um die Einführung neuer bzw. die Reform bestehender sozialer Sicherungssysteme.<sup>4</sup>

### Nachbarschaftsviertel als neue Sozialinstitutionen

Das Anwachsen sozialer Probleme erforderte neue Institutionen zu deren Lösung. Da die Rolle der „Betriebseinheiten“ (*danwei*) immer mehr abnahm, beschloß der Staat, die Frage sozialer Sicherung dorthin zu verlagern, wo im städtischen Raum der größte Bedarf bestand: in die Wohnviertel hinein. Entsprechend wurde Ende der 1990er Jahre eine Umstrukturierung der urbanen Wohnviertel vorgenommen. Die seit den 1950er Jahren bestehenden Bereiche der „Einwohnerkomitees“ wurden zu größeren „Nachbarschaftsvierteln“ (*shequ*) zusammengelegt, die zwischen 6.000 und 15.000 Einwohner umfassen, und es wurden Komitees der *shequ*-Einwohner gebildet. Dadurch wurde die weitverbreitete Wohnorganisation nach *danweis* aufgebrochen. *Shequs* beherbergen nun ganz unterschiedliche Personengruppen und umfassen auch die Betriebe, Ämter und Schulen in einem Wohnviertel.<sup>5</sup> Eine solche Atomisierung der Bewohnerschaft erschwert gemeinschaftliche (Protest-)Aktionen und erleichtert soziale Kontrolle.

Das Gesetz zur Organisation von Einwohnerkomitees von 1989 weist diesen Komitees zwei große Aufgabenfelder zu: a) Unterstützung der Regierung beim Schutz der gesellschaftlichen Stabilität und b) Dienst- und Sozialleistungen für die Bewohner.

Die Auflösung vieler Staatsbetriebe (*danweis*), die Aufhebung des Prinzips lebenslanger Beschäftigung und sozialer Absicherung sowie die Bevölkerungsfluktuation erforderten nicht nur neue Organisationsstrukturen. In dem Maße, wie organisatorische Aufgaben zunehmend vom Staat auf den Markt übergehen, versucht der Parteistaat in den *shequs* soziale Ressourcen auf die „Selbstverwaltungsebene“ zu übertragen. Dadurch wird auch der lokale Staat entlastet, der sich zunehmend vom Bereitsteller zum Verteiler von Ressourcen wandeln soll. Zugleich verändern sich die Anforderungen der Menschen an den „Staat“: Er ist nicht mehr für alle sozialen Belange und Bereiche zuständig, die Angehörigen des Nachbarschaftsviertels sollen gemeinsam soziale Probleme in den Vierteln lösen. Die zum Teil noch geringen Lebensstandards erlauben es indessen noch nicht, soziale Dienste vollständig dem Markt zu übertragen. Die Übertragung auf die Wohnviertel trägt dazu bei, die Abhängigkeit der Menschen vom lokalen Staat zu verringern, ein wichtiger Faktor des sozialen Pluralisierungsprozesses. Allerdings fehlen in den Nachbarschaftsvierteln noch die Freiwilligen, die bereit wären, solche sozialen Aufgaben zu übernehmen. Entsprechend versucht der Staat, über die Einwohnerkomitees Freiwillige zu „mobilisieren“.

*Shequs* stellen eine Zusammenlegung der Verwaltungssektoren mehrerer Einwohnerkomitees (fortan: EK) dar. Geleitet werden die Wohnviertel von einem solchen EK,

das als *face-to-face* Organisation fungieren soll und laut Gesetz von den Bewohnern in direkter oder indirekter Wahl zu wählen ist. Dieses EK soll besser als bürgerferne Organisationen Dienstleistungen für die Bewohner erbringen. Formell verantwortlich ist das EK der Delegiertenversammlung der Bewohner des *shequ*, die in den von uns untersuchten Vierteln das Einwohnerkomitee wählte (Wahldelegierte), die jährlichen Rechenschaftsberichte entgegennahm und als Hauptentscheidungsinstanz galt. Daneben existiert ein „Komitee zur Beratung öffentlicher Angelegenheiten“, das sich als „beratendes“ Organ versteht und sich sowohl aus Honoratioren, die im *shequ* wohnen (wie Abgeordnete lokaler Volkskongresse oder Politischer Konsultativkonferenzen), als auch aus namhaften Vertretern der Bewohnerschaft sowie der *danweis* auf dem Territorium des Viertels zusammensetzt. Beide Komitees werden von Vertretern der Bewohner gewählt.

Die Größe eines EK hängt von der Anzahl der Bewohner eines Viertels ab. Die EKs in den von uns besuchten Vierteln setzten sich aus jeweils 6-8 Personen zusammen.

Unterhalb des EK gibt es sowohl Verantwortliche für einzelne Aufgabenfelder als auch *issue*-orientierte Vereine. Die Zahl solcher Vereine erreicht teilweise beträchtliche Ausmaße. Allerdings handelt es sich in der Regel nicht um Gründungen von Seiten der Bewohnerschaft, sondern um von oben initiierte. Entsprechend gab die Leiterin des Jianbei-EK in Chongqing an, sie habe insgesamt 36 Führungsfunktionen inne, primär die der Vereinsvorsitzenden.<sup>6</sup>

Das auf der folgenden Seite zu sehende Schaubild verdeutlicht die Organisationsstruktur am Beispiel der Stadt Shenyang.

Die Komitees erledigen weniger Selbstverwaltungs- als staatliche Aufgaben wie Geburtenplanung, Rentenzahlungen, Prüfung der Voraussetzungen für Sozialhilfe (*dibao*), Bearbeitung von Renten- und Behindertenanträgen, Streit-schlichtung, Scheidungsanträge, Fürsorge für Kranke, Behinderte, Drogenabhängige und Vorbestrafte, psychologische Beratung (wie z.B. im Falle häuslicher Gewalt oder nach Selbstmordversuchen).

Eine der zentralen Aufgaben der *shequ*-Wohnquartiere, vor allem in den ehemals schwerindustriellen Zentren, besteht in der Etablierung eines Minimums an sozialer Sicherung. Im Zuge der Reformen der Staatsbetriebe wurden Millionen von Arbeitern entlassen. Die meisten verloren dadurch ihr gesamtes soziales Sicherungsnetz. Unruhen unter Arbeitslosen wegen Entlassungen, das Wegbrechen des sozialen Netzes, als zu gering empfundene Abfindungen sowie Proteste gegen Funktionäre, die sich gleichzeitig an Staatseigentum bereicherten oder Abfindungsgelder in die eigene Tasche steckten, haben in den letzten Jahren in vielen Industriegebieten signifikant zugenommen. Dies war ein wesentlicher Grund für die Einführung von Sozialhilfe durch den Staat. Die Überprüfung der Bedürftigkeit und die Vergabe der Mittel, die von den Ämtern für Zivilverwaltung zur Verfügung gestellt wer-

<sup>4</sup> Mehr zum chinesischen Sozialsystem: KUPFER 2004 und HEBERER 2004.

<sup>5</sup> Vgl. dazu auch LI – CHEN 2002, 310ff. Einen Überblick über die Restrukturierung zu *shequs* geben DERLETH – KOLDYK 2004.

<sup>6</sup> Gespräch in Chongqing am 29. Juli 2003. Zu den Vereinen in den Nachbarschaftsvierteln vgl. u.a. WANG – YANG 2003.

den, wurden den EKs übertragen. Der Staat entledigte sich damit dieser brisanten Aufgabe. Eine Verlagerung auf spezifische Ämter im Sinne unserer Sozialämter hätte möglicherweise hohen sozialen Zündstoff impliziert. Man stelle sich vor, Tausende oder Zehntausende von Menschen würden sich tagtäglich vor diesen Ämtern versammeln, um Sozialhilfe zu beantragen bzw. abzuholen. Solche bürokratischen und bürgerfern organisierten Ämter hätten jeweils die Bedürftigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls abzulehnen. Derartige Orte der Versammlung könnten sich dann schnell zu Orten entwickeln, von denen Proteste und Zusammenrottungen ausgehen. Möglicherweise würden solche Behörden auch der Korruption Vorschub leisten. Von daher scheinen die Überlegungen, die Vergabe der Sozialhilfe „bürgernah“ in die Wohnquartiere der Betroffenen hinein zu verlagern, durchaus sinnvoll zu sein.

### Sozialhilfe als neues Sicherungssystem für die Stadtarmen

Sozialhilfe (chinesisch: *zui di shenghuo baozhang* oder „niedrigste Lebenssicherung“) wurde 1999 per Dekret des Staatsrates eingeführt. Sie soll den Stadtbewohnern einen minimalen Lebensstandard garantieren. Ende 2002 erhielten 20,53 Mio., Ende 2003 22,47 Mio. Stadtbewohner „Unterstützung zur Absicherung des Existenzminimums“ (*dibao*), 58 Yuan pro Kopf und Monat durchschnittlich. 15,6 Mrd. Yuan (1,56 Mrd. Euro) seien 2003 von den Regierungen aller Ebenen dafür zur Verfügung gestellt worden, davon 9,2 Mrd. aus dem zentralen Haushalt.<sup>8</sup> In seinem Rechenschaftsbericht vor dem Nationalen Volkskongress im Frühjahr 2004 hatte Ministerpräsident WEN JIABAO erklärt, dies bedeute eine Verdopplung gegenüber 6,6 Mrd. Yuan ein Jahr zuvor.<sup>9</sup> Offiziellen Angaben zufolge sollen im Jahr 2004 22,0147 Mio. Personen Sozialhilfe erhalten haben und 17,29 Mrd. Yuan sollen dafür ausgegeben worden sein.<sup>10</sup>

Abb. 1: Organisationsprinzip *Shequ* Stadt Shenyang (2003)

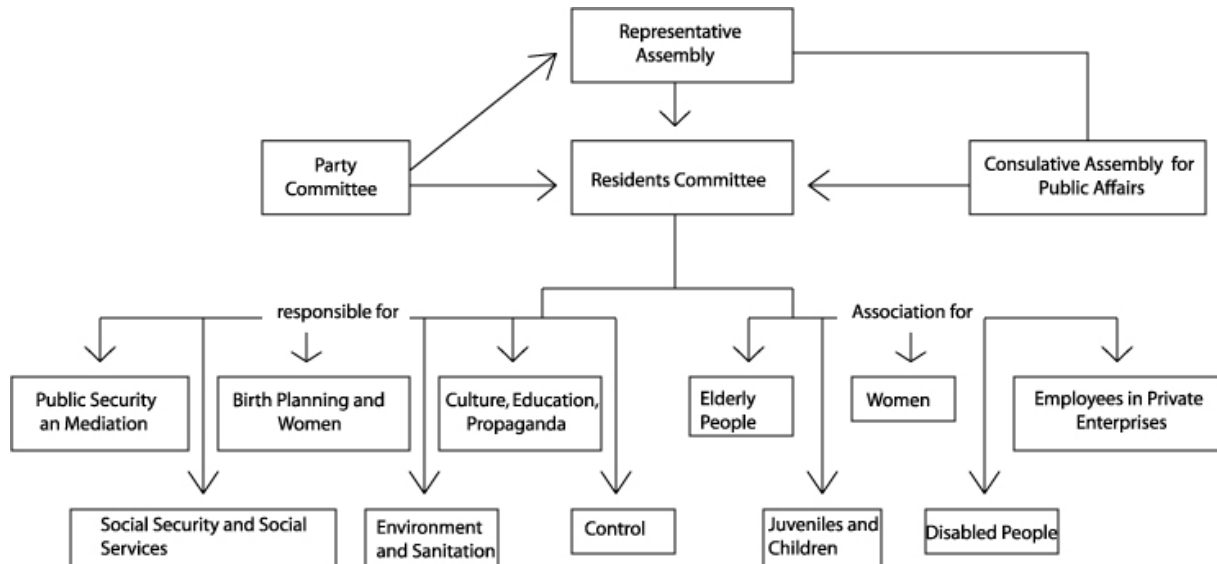


Schaubild: HEBERER.

Zugleich betont der Parteistaat, daß soziale Sicherung und Fürsorge nicht mehr nur eine Aufgabe des Staates darstellen. Dies sei auch die „Pflicht der Gesellschaft“. Es bedürfe dazu eines „Unterstützungssystems“, das auf Partizipation gegründet sei. Auf diese Weise lasse sich auch die Finanzschwäche des lokalen Staates ausgleichen.<sup>7</sup>

Dies scheint zunächst primär für einfachere *shequs* zu gelten, in denen zum Teil überdurchschnittlich viele Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, Alte und Alleinerziehende wohnen. Dazu kommen rechtlich Benachteiligte, d.h. Personen mit ländlicher Wohnberechtigung (*hukou*) und auswärtige Stadtbewohner, die in einem Wohnquartier leben, aber von wichtigen Ebenen der Partizipation (Wahlen) ausgeschlossen sind.

Die Ursachen für Armut in den Städten bestehen primär in Arbeitslosigkeit, Krankheit und dem Bemühen, dem eigenen Nachwuchs eine höhere Bildung zu finanzieren. Eine chinesische Untersuchung unter städtischen Armutsfamilien in der nordostchinesischen Provinzhauptstadt Harbin im Jahre 2003 hat ergeben, daß 58,8% durch kranke bzw. behinderte Familienmitglieder in die Armutszone ab-

<sup>8</sup> Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan xinwen bangongshi 2004.

<sup>9</sup> Bericht über die Arbeit der Regierung, vorgetragen auf der 2. Plenartagung des 10. Nationalen Volkskongresses, abgedruckt in *Renmin ribao*, 17. März 2004; ähnliche Zahlen: *Renmin ribao*, 18. September 2004.

<sup>10</sup> *Renmin ribao*, 7. Januar 2005; *People's Daily Online* (<http://english.people.com.cn>, abgerufen am 10. Februar 2005) und *Renmin ribao*, 1. März 2005. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde das System auch im ländlichen Raum eingeführt. Laut *Renmin ribao* vom 17. November 2004 soll im ländlichen Raum der Provinz Liaoning dieses System flächendeckend eingeführt worden sein.

<sup>7</sup> Vgl. FENG – XU *et al.* 2005.

gerutscht waren, 36,7% durch Arbeitslosigkeit. Bei 41,5% der Befragten lag eine Kombination beider Faktoren vor.<sup>11</sup>

Ende 2002 setzten sich die Bezieher von Sozialhilfe offiziellen Angaben zufolge wie folgt zusammen:

**Tab. 1: Städtische Bezieher von Sozialhilfe**

Kategorie	Personen (in Mio.)	%
Arbeitsplatz verlassen ( <i>ligang</i> )	4,60	22,4
Arbeitslose	3,49	17,0
Freigesetzte ( <i>xiagang</i> )	2,05	10,0
noch Erwerbstätige	1,97	9,6
RentnerInnen	0,97	4,7
„Drei-Ohne“ Haushalte <sup>a</sup>	0,86	4,2
Familienangehörige der o.g. Gruppen	6,59	32,1
Gesamt	20,53	100,0

<sup>a</sup> „Drei ohne“ bezieht sich auf Personen, die arbeitsunfähig sind, kein Einkommen haben und von niemandem unterhalten werden.

Quelle: ZHOU LANG 2003.

Anm.: „Arbeitsplatz verlassen“ und „Freigesetzte“ sind Bezeichnungen für Personen, die kein oder nur ein geringes Gehalt und keine oder höchstens stark eingeschränkte Sozialleistungen mehr beziehen, formell aber in einem Unternehmen noch angestellt sind.

Nach Angaben des Ministeriums für Zivilverwaltung, das u.a. für die Reorganisation der urbanen Wohnviertel und die soziale Sicherung zuständig ist, sollen 2003 allerdings wesentlich mehr (die Rede ist von bis zu 45 Mio. Menschen) Sozialhilfe bzw. Zuschüsse zum Lebensunterhalt erhalten haben. Zuständig dafür sind die Ämter für Zivilverwaltung. Die Kontrolle der Bedürftigkeit und die Auszahlung erfolgt gegenwärtig überwiegend durch die *shequs*.

Die Festlegung der Bedürftigkeit variiert je nach Einkommenshöhe und Lebenshaltungskosten einer Stadt. Dies zeigt u.a. die folgende Tabelle:

**Tab. 2: Einkommensverhältnisse städtischer Armutshaushalte in 5 Städten (Monat, in Yuan)**

	Shanghai	Wuhan	Tianjin	Lanzhou	Chongqing
Untersuchungszeitraum	1998	7/1999	7/1999	10/1999	10/1999
Durchschnittseinkommen Armutshaushalte pro Kopf	243	108	135	114	139
Durchschnittseinkommen pro Kopf	731	521	643	427	486
Prozentanteil	33%	21%	21%	27%	29%

Quelle: *Renmin ribao*, 7. Januar 2005.

Anträge auf Sozialhilfe müssen bei den zuständigen Straßenkomitees gestellt werden. Den EKs fällt jedoch die Aufgabe zu, die Voraussetzungen dafür zu prüfen. Die Ämter für Zivilverwaltung der Stadtbezirke entscheiden dann über die Anträge. Auch hier hat der Staat die eigentlich konfliktären Aufgaben (Feststellung der Bedürftigkeit) an die Wohnviertel delegiert.

Folgende Kriterien müssen erfüllt sein, damit eine Person Sozialhilfe erhalten kann:

- Arbeitslos oder „von der Arbeit freigesetzt“, arbeitsunfähig, auf Bewährung entlassene Strafgefangene, Drogenabhängige;
- weniger als 205 *Yuan* monatliches Einkommen (Shenyang, Chongqing im Jahre 2003);
- keine Anbindung an eine *danwei*, die für den Lebensunterhalt aufkommen kann;
- keine Existenz von Bankguthaben;
- geringes Einkommen der Eltern, Ehepartner oder Kinder;
- kein Besitz von: Eigentumswohnung, Silber-/Goldschmuck, Telefon, Mikrowelle, neuer Wohnungseinrichtung, Klimaanlage o.ä.;
- regelmäßige Teilnahme an Arbeitspflichten und Sitzungen im Wohnviertel.

Bewohner, die ein Fernsehgerät und/oder eine Klimaanlage besaßen, blieben nach eigenen Angaben von der Antragstellung ausgeschlossen. In Shenzhen waren aufgrund der Wohlhabenheit vieler Bürger die Kriterien etwas anders gelagert: Antragsteller durften innerhalb der letzten drei Jahre vor Antragstellung keine Eigentumswohnung, innerhalb der letzten fünf Jahre kein Haus erworben haben, kein Aktienpaket und kein Sparkonto mit mehr als 3.000 *Yuan*, kein Mobiltelefon und keine Klimaanlage besitzen sowie nicht gegen die Regelung der Ein-Kind-Familie verstoßen haben. Außerdem mußten sie arbeitslos und ohne Einkommen sein.<sup>12</sup> Der Höchstsatz für Sozialhilfezahlungen betrug dort 344 *Yuan*/Kopf im Monat. Für die Obere Mittelschule wurde Kindern aus solchen Familien die Zahlung von Schulgeld erlassen.<sup>13</sup>

Die Ermittlung und Überprüfung der Voraussetzungen durch das EK ist nicht nur schwierig, sondern auch ein äußerst sensibles Feld, weil die Bewohner meist allergisch auf Überprüfungsbesuche reagieren.<sup>14</sup> Die Verantwortlichen in den EKs müssen dabei nicht nur die Wohnungen inspizieren, sondern auch Nachbarn befragen und Untersuchungen über Einkommens- und Vermögensverhältnisse anstellen. Zu Auseinandersetzungen zwischen EK und bedürftigen Bewohnern kommt es meist dann, wenn die Sozialhilfe aufgrund vermeintlich oder real fehlender Voraussetzungen nicht gewährt wird. So wurden unsere Interviews in einem *shequ* in Chongqing, die wir in einem Seitenraum des EK-Sitzes durchführten, immer wieder durch lautstarke Auseinandersetzungen unterbrochen, bei denen es fast ausnahmslos um Fragen der Gewährung von Sozialhilfe ging. In manchen Orten haben die EKs diese Aufgabe bereits an spezielle Ausschüsse delegiert. So wurden Ende 2003 in *shequs* in der Provinzhauptstadt Jinan (Provinz Shandong) Überprüfungsausschüsse eingesetzt, die sich aus alten Parteimitgliedern, Polizisten, Blockwarten,

<sup>12</sup> Gespräch mit dem EK Fuhua, Shenzhen, 20. Februar 2004.

<sup>13</sup> Die Stadt Chengdu (Provinzhauptstadt von Sichuan) führte 2004 ein System ein, bei dem Studierende aus Sozialhilfeempfängerhaushalten zwei Jahre lang einen jährlichen staatlichen Zuschuß bis zu 4.000 *Yuan* erhalten können. Im zweiten Jahr werden jedoch nur noch 70% des Betrags des ersten Jahres ausgezahlt, vgl. *Renmin ribao*, 29. Juli 2004.

<sup>14</sup> Zu den Schwierigkeiten vgl. XI ZHENGXI 2003.

<sup>11</sup> *Zhongguo minzheng* 2003, Nr.11, S. 30.

offiziellen Bewohnervertretern und Mitgliedern der EKs zusammensetzen.<sup>15</sup>

Andererseits beklagten Vertreter von EKs, daß staatliche Unterstützungsleistungen dazu führten, daß Empfänger von Sozialhilfe kein Interesse an einem Beschäftigungsverhältnis entwickelten und/oder vermeintlich minderwertige Tätigkeiten ablehnten.

Von vielen Sozialhilfeempfängern wird der Bezug von Sozialhilfe jedoch als diskriminierend empfunden.<sup>16</sup> Häufig wurde beklagt, daß sie das niedrigste gesellschaftliche Prestige besäßen. Sie würden lieber arbeiten und nicht dem Staat auf der Tasche liegen, beklagten sich aber über rigide Bestimmungen der städtischen Behörden, die selbständige Tätigkeiten als Händler oder Handwerker strikt einschränkten. Ein Vorbestrafter (49) in Chongqing erklärte: „Ich würde gerne einen Stand aufmachen, aber es wird nicht erlaubt. Ich bin wirklich kein Faulenzer, habe aber keine Chance auf Arbeit.“<sup>17</sup> Viele verschweigen aus Scham gegenüber Freunden und Bekannten, daß sie arbeitslos sind. SchülerInnen und Studierende fühlten sich besonders betroffen, weil die Eltern entweder die Schul- oder Hochschulgebühren für bessere Schulen nicht aufbringen konnten, weil sie am sozialen Leben ihrer Mitschüler (Besuche von Diskotheken, Internetcafés oder Restaurants) nicht teilnehmen konnten und kein Handy bzw. keinen PC besaßen (sonst droht ja der Verlust der Sozialhilfe).

Im Shenyanger Chang'anjie-Viertel mit im Jahre 2003 2.183 Haushalten und 6.606 Einwohnern waren 72 Haushalte (3,3%) und 182 Personen (2,8%) Empfänger von Sozialhilfe. Hier waren Personen mit einem Einkommen von weniger als 205 Yuan im Monat antragsberechtigt.<sup>18</sup> Wer von seinem früheren Betrieb eine Abfindung erhielt, mußte diese zunächst aufbrauchen. Im Zhongshan Erlu-Viertel (Chongqing) mit 2.779 Haushalten und 8.397 Bewohnern gab es 591 Sozialhilfeempfänger. Antragsteller mußten weniger als 185 Yuan Monatseinkommen haben. Alle erwachsenen Familienangehörigen konnten einen solchen Antrag stellen (bei einem Dreipersonenhaushalt konnte das maximal 3x185 Yuan betragen). Im Jianbeishequ (Chongqing) waren 179 Haushalte und 360 Personen Empfänger von Sozialhilfe (3,2% der Haushalte und 2,3% aller Bewohner).

Sozialhilfeempfänger (mit Ausnahme von Alten, Kranken und Behinderten) müssen regelmäßig an öffentlichen Arbeiten teilnehmen. Im Jianbei-Viertel erfolgte das jeden Mittwoch und Freitag. Sie mußten dem EK auch regelmäßig über ihre Lage berichten. Wer wiederholt unentschuldig den öffentlichen Arbeiten fernblieb (in Chongqing zweimal) erhielt keine Sozialhilfe mehr. Andererseits bringt die Teilnahme auch Vorteile. Bei Anträgen auf So-

zialhilfe oder bei Anträgen auf soziale Unterstützung durch die Ämter für Zivilverwaltung weist das zuständige EK im Fall von Personen, die sich im Viertel engagieren, darauf hin, daß es sich um Aktivisten handele, denen man etwas zukommen lassen solle.

Personen über 45 Jahre äußerten eher ihre Dankbarkeit gegenüber Partei und Regierung, für die empfangene Sozialhilfe. Schon von daher fühle man sich verpflichtet, auch etwas für die Regierung zu tun (z.B. Teilnahme an öffentlichen Arbeiten). Jüngere hingegen erklärten überwiegend, die Zahlung von Sozialhilfe sei die Pflicht des Staates. Schließlich sei er auch für die Schließung von Betrieben verantwortlich. Da bedürfe es keines Dankes.

Am Beispiel eines shequ in Shenyang wollen wir die Zusammensetzung sozialer Problemgruppen verdeutlichen:

**Tab. 3: Nachbarschaftsviertel Daqinglu, Shenyang**

Einwohner:	6.200
Davon:	
• Arbeitslose	420 (6,8%)
• Von der Arbeit „Freigesetzte“	600 (9,7%)
• Rentner	800 (12,9%)
• Behinderte	152 (2,5%)
davon: „Sozialhilfeempfänger“	744 (12,0%)

Quelle: Eigene Erhebung.

Besonders brisant ist die Arbeitslosigkeit unter Parteimitgliedern, zumal diese sich in manchen Vierteln als noch gravierender darstellt als die der parteilosen Bevölkerung.

**Tab. 4: Parteimitglieder, Nachbarschaftsviertel Daqinglu, Shenyang**

	Personen	%
Parteimitglieder	107	100,0
davon:		
Rentner	65	60,7
Erwerbslose	37	34,6
Sonstige	5	4,7

Quelle: Eigene Erhebung.

Mehr als ein Drittel der Parteimitglieder war arbeitslos, und bei den Rentnern handelt es sich zu einem erheblichen Teil um Personen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden waren. Von daher verwundert es nicht, daß sich betroffene Parteimitglieder in den Interviews ausgesprochen kritisch über die gegenwärtige Politik der Partei äußerten. Lange schon seien sie, argumentierten viele, Parteimitglieder. Nun seien nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Kinder, zum Teil sogar die Enkel, arbeitslos und auf Sozialhilfe angewiesen. Die Partei habe ihre alten Mitglieder, die ihr viele Jahre lang treu gedient hätten, ebenso vergessen wie die Arbeiterklasse insgesamt. Früher sei es ruhmreich gewesen, zur Arbeiterklasse zu gehören, heute sei es ein Makel.

Im Hinblick auf die Einstellungen gegenüber der beruflichen Zukunft gab es signifikante Unterschiede zwischen Arbeitslosen im Nordosten (Shenyang), im Südwesten (Chongqing) und im Süden (Shenzhen). Im Nordosten war die Mehrheit der Befragten der Meinung, der Staat sei verpflichtet, ihnen einen neuen und angemessenen Arbeitsplatz im Staatssektor zur Verfügung zu stellen. Darauf würden sie warten. Im Südwesten (Chong-

<sup>15</sup> Renmin ribao, 29. Dezember 2003.

<sup>16</sup> Zum Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Diskriminierung vgl. die Studie von ZENG – WEI 2004.

<sup>17</sup> Interview, Chongqing, 24. Juli 2003.

<sup>18</sup> Interview Einwohnerkomitee Chang'anjie, Shenyang, 11. März 2003. Laut Renmin ribao vom 18. November 2004 sollen in jenem Jahr 155.000 Personen in Shenyang Sozialhilfe erhalten haben.

qing) hingegen war die Mehrheit der Meinung, wenn man ihnen die Voraussetzungen für eine selbständige Tätigkeit schaffe (z.B. durch einen Standplatz oder Produktionsmittel), würden sie sich selbständig machen.

Die Unzufriedenheit der sozial Schwachen und Benachteiligten soll durch die Verstärkung sozialer Sicherung im Rahmen der *shequs* gemindert werden. Von daher liegt der Schwerpunkt der Arbeit der EKs – wie wir oben gezeigt haben – auf Wohlfahrtsarbeit und sozialer Fürsorge (Unterstützung von Kranken, Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Behinderten), Geburtenplanung und Organisierung von Freizeitaktivitäten sportlicher und kultureller Art, überwiegend für Ältere. Ansätze zu einer Jugendarbeit gibt es bislang kaum.

Vor allem für Arbeitslose ist die Frage der Wiederbeschäftigung zentral.<sup>19</sup> Vertrauen in das EK und damit das *shequ* wird bei diesem Personenkreis u.a. davon abhängig gemacht, ob und inwieweit es einem EK gelingt, zur Umschulung oder Wiederbeschäftigung beizutragen. Das Zhongshan Erlu-Viertel in Chongqing hatte Mitte 2003 folgende Bilanz vorzuweisen:

**Tab. 5: Zusammensetzung der Arbeitslosen im Zhongshan Erlu-Viertel, Chongqing (Ende Juni 2003)**

Status	Personen
Arbeitslose	212
Sonstige Arbeitslose	176
Von der Arbeit freigestellt	102
<u>Erwerbslose gesamt</u>	<u>490 [= 5,8% der Bewohner]</u>

Quelle: Unterlagen Zhongshan Erlu-EK.

Gleichzeitig waren 88 Personen fortgebildet und 37 war eine berufliche Tätigkeit vermittelt worden. Das EK hatte eine eigene Gruppe für Wiederbeschäftigung eingerichtet, die sich ausschließlich mit Fortbildung und Wiederbeschäftigung befassen sollte. Teilweise bemühten sich die EKs mit beträchtlichem Aufwand um Beschäftigungsprobleme, obwohl ihnen die dafür erforderlichen finanziellen und sonstigen Ressourcen fehlten. In Shenyang und Chongqing bemühten sich die EKs, auf dem Wege persönlicher Vorsprache bei den Anliegerbetrieben für die Anstellung arbeitsloser Bewohner zu werben.

Was die obigen Zahlen anbelangt, so darf nicht übersehen werden, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit wesentlich höher ist, weil Personen von außerhalb oder mit ländlicher Wohnberechtigung, Personen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit vorzeitig in Rente geschickt wurden (Frauen ab 45, Männer ab 50), Frauen, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben, sondern sich als Hausfrauen betätigen, oder Gelegenheitsarbeiter mit kurzfristigen Jobs in den Statistiken nicht enthalten sind.

Eine weitere zentrale Frage für Sozialhilfeempfänger ist die Wohnungsfrage. Ärmere Haushalte sind meist nicht in der Lage, Wohnungen zu kaufen oder höhere Mieten zu zahlen, so daß sie ihre Wohnungen verlieren bzw. keine neuen Wohnungen finden können. Allein in der Provinz Hebei betraf dies Anfang 2005 offiziellen Angaben

zufolge 320.000 Haushalte mit 800.000 Personen. Dort hatte die Provinzregierung diesen Haushalten versprochen, bis Ende des Jahres 2005 Abhilfe zu schaffen, jeder Familie eine Wohnung von mindestens 30 qm Größe zur Verfügung zu stellen und bedürftigen Haushalten Wohn- bzw. Mietgeld zu zahlen.<sup>20</sup>

### Soziale Sicherung als Bestandteil systemischer Vertrauensbildung

Soziale Sicherung und Lebenssicherung sind gegenwärtig zentrale Faktoren für die Schaffung von Vertrauen in den Parteistaat, die Stabilisierung des politischen Systems und die Legitimierung der Parteiherrschaft. Weil ein soziales Netz und zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. NGOs) als sozial begleitende Faktoren bislang weitgehend fehlen, bemüht sich der Staat um eine stärkere Anbindung der Sozialprobleme an die Wohnviertel der Betroffenen. Vertrauensbildung soll dort entwickelt werden, wo die Menschen leben, soll mit Bürgernähe verbunden werden. Dazu gehört auch, daß die EKs in die Lage versetzt werden, die Probleme der Menschen tatsächlich anzupacken und zu lösen.

Die EKs sind mit dieser Aufgabe bislang weitgehend überfordert, so daß auf Dauer neue Instrumente sozialer Sicherung gefunden werden müssen, jedenfalls solange die Sozialversicherung noch in den Kinderschuhen steckt. Was den ländlichen Raum anbelangt, so bleibt dieser sich bislang noch weitgehend selbst überlassen. Eine Folge dessen ist, daß Teile der Landbevölkerung versuchen, der sozialen Verarmung durch Arbeit in den Städten und den damit erhofften höheren Einkommenschancen zu entgehen. Soll der Landflucht entgegengewirkt, das Bevölkerungswachstum weiter erfolgreich eingedämmt werden, muß sich der Staat auch Gedanken über das Sozialsystem im ländlichen Raum machen.

Insgesamt läßt sich hier argumentieren, daß die EKs (auf dem Wege staatlicher Finanzierung) die Aufgabe „sozialer Sicherungsagenturen“ wahrnehmen sollen. Über Vertrauensbildung hinaus dient dies dem Konfliktmanagement in der urbanen Gesellschaft und damit der gesellschaftlichen und politischen Stabilität.

Andererseits entlasten die *shequs* den Staat durch die Übernahme staatlicher Aufgaben und Leistungen. Die Hauptfunktion der EKs besteht in der Verwaltung der sozial Schwachen. Sie übernehmen damit Aufgaben, die in demokratischen Gesellschaften von zivilgesellschaftlichen Organisationen wahrgenommen werden, in Deutschland z.B. von Vereinen, Verbänden, kirchlichen Organisationen, aber auch von Behörden (Arbeits-, Sozialamt) oder der Volkshochschule getragen werden. Alternative Träger von Wohlfahrt und Sozialem fehlen bislang in China. Die große Bevölkerungszahl legt überdies nahe, soziale Aufgaben direkt in die Wohngebiete hinein zu verlagern. Dabei werden die neu eingeführten Wahlen der EKs von vielen Bewohnern nicht als entscheidend angesehen. Es geht

<sup>19</sup> Auch das Ministerium für Zivilverwaltung weist immer wieder auf die Bedeutung dieser Arbeit in den *shequs* hin, vgl. z.B. *Shequ* 2003, Nr. 11-22, S. 10-16.

<sup>20</sup> Vgl. *Renmin ribao*, 27. Februar 2005.

eher darum, sich um die sozial Schwachen und um die Alten zu kümmern.<sup>21</sup>

Letztlich sollen die *shequs* auf diese Weise zur Erhaltung und Legitimierung des Systems beitragen, eines Systems, das nicht mehr auf plan-, sondern auf marktwirtschaftlichen Strukturen fußt. Da es solche auf Freiwilligkeit basierenden Vereine, Verbände, Solidargemeinschaften und Nachbarschaftshilfen erst in Ansätzen gibt, versucht der Staat, dies durch einen *top-down* Prozeß von oben zu initiieren. Die EKs sollen dabei als mobilisierende Katalysatoren wirken, die – kontrolliert – den aktiven Beteiligungsgrad der Gesellschaft erhöhen. Dabei erzeugen sie einen Mobilisierungseffekt, der zu einer Erweiterung der Interessenartikulation führt und auch benachteiligten und marginalisierten Gruppen (Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Behinderten) die Möglichkeit einräumt, sich im öffentlichen Raum zu betätigen.

Die EKs sind mit der Vielfalt an Aufgaben z.T. völlig überlastet. Ökonomisch gesehen, ist die Arbeit der EKs für den Staat hingegen kostengünstig. Qualifizierte junge Leute werden für die Komitees angeworben und sind bereit, mangels ausreichender Arbeitsplätze oder aufgrund organisatorischer Verfügungen (Parteidisziplin) mit geringen Gehältern in den EKs zu arbeiten. Wer schlecht arbeitet, dessen Vertrag wird nicht erneuert bzw. der wird nicht wiedergewählt. Dies erzeugt ein hohes Maß an Druck auf die Mitarbeiter der Komitees.

Insgesamt gesehen, geht es bislang weniger um Partizipation als vielmehr um die grundlegende Lebenssicherung. Wer ohne Arbeit ist, über kein Einkommen verfügt, den interessieren Wahlen nicht. Wer an den Aktivitäten der *shequs* partizipiert oder partizipieren muß, tut dies, um an soziale Leistungen besser herankommen zu können (Herstellung von sozialen Beziehungen) oder weil ihm sonst die Sozialhilfe gestrichen wird.

Die Bewohner haben nicht gelernt, eigene Forderungen zu stellen oder vorzutragen oder die Arbeit der Komitees zu bewerten. Die Frage, wie ein „gutes“ oder „ideales“ *shequ* aussehen sollte, konnte im Prinzip kaum jemand beantworten. Es fehlen Vergleichsmöglichkeiten, überdies sind die Menschen zu sehr mit ihren eigenen Problemen und deren Lösung beschäftigt. Bei der Problemlösung erwarten sie vom *shequ* bislang eher geringe Hilfestellung (wohl aber vom Parteistaat), weil die EKs bislang weder über ausreichende Macht noch Mittel dazu verfügen. Wie ein Befragter äußerte: „Für uns am wichtigsten sind zwei Punkte: die Ausbildung unserer Kinder, und möglichst nicht krank zu werden.“ Der Grad an Vertrauen in die EKs ist noch nicht sehr groß, und wo Vertrauen gering ist, ist auch die Bereitschaft zu Engagement und kollektivem Handeln noch gering.

### Fazit

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Idee des *shequ* theoretisch an das Konzept des Kommunitarismus erinnert, etwa des Soziologen AMITAI ETZIONI, der eine

neue Gemeinschaft (*community*) fordert, um „ein neues Verantwortungsbewußtsein der Menschen“ und „die Stärkung der moralischen Grundlagen“ der Gesellschaft zu schaffen.<sup>22</sup> Die Grundidee des Kommunitarismus besteht in der „Wiederbelebung von Gemeinschaftsdenken unter den Bedingungen postmoderner Dienstleistungsgesellschaften“.<sup>23</sup> Die Auflösung von sinnstiftenden Gemeinschaftsideologien und der Zusammenbruch eines „sozialen Modells von Modernisierung“ (TOURAINÉ) führten zur Suche nach neuen Formen von Gemeinschaft, um auf einer neuen, selbstbewußten, selbstverantwortlichen und autonomen Ebene das Defizit an Gemeinschaftswirken und -sinn, soziale Kälte und Vereinzelung auszugleichen.

Doch während es in der Zielsetzung zwischen Kommunitarismus und *shequ*-Konzept frappierende Übereinstimmung gibt, unterscheiden sich das *shequ*- und das Kommunitarismus-Konzept nicht nur in Fragen einer starken Demokratie. Während ETZIONI an die mündigen Bürger selbst appelliert, ist das *shequ*-Projekt ein Kind der Politik, wobei Organisations- und Führungsstrukturen den (kontrollierten) Bürger „von oben“ schaffen sollen. Von daher läßt sich im Falle Chinas von einem „autoritären Kommunitarismus“ sprechen.

Im Gegensatz zum *shequ*-Konzept verlangt der Kommunitarismus allerdings die bewußte Bürgerbewegung von unten und ein hohes Maß an Selbstverwaltung, Partizipation und Freiwilligenarbeit. Ähnlich sind sich beide allerdings hinsichtlich der Zielsetzung: Schaffung einer neuen sozialen, moralischen und Werteordnung bei gleichzeitiger individueller Autonomie; Fürsorge für die sozial Schwachen. Aber hinsichtlich der Mittel unterscheiden sich beide: der Kommunitarismus verlangt individuelle und organisatorische Autonomie; die *shequs* hingegen versuchen, der individuellen Autonomie Grenzen zu setzen, organisatorische Autonomie besteht bislang nicht. Allerdings ist eine Entwicklung vorstellbar, bei der zunächst der Grad an Autonomie der Individuen zunimmt, der dann zu einer Stärkung der organisatorischen Autonomie führt (*shequ*) und schließlich zu größerer gesellschaftlicher Autonomie.

Die *shequs* fördern zugleich die Entwicklung des chinesischen Staatsgebildes in Richtung eines Minimalstaates, der sich auf die Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und äußeren Rahmenbedingungen beschränkt, sich aber aus der Gestaltung des sozialen und des Alltagslebens zunehmend zurückzieht. Die Nachbarschaftsviertel übernehmen dabei zunehmend auch die Funktion einer Disziplinierungsinstitution, in der die Bewohner Disziplin einüben bzw. lernen sollen, so daß paternalistische Disziplinierung von Selbstdisziplin abgelöst wird. Letzteres aber ist nicht nur Teil eines zivilisatorischen Prozesses, sondern auch Teil gesellschaftlicher Rationalisierung.

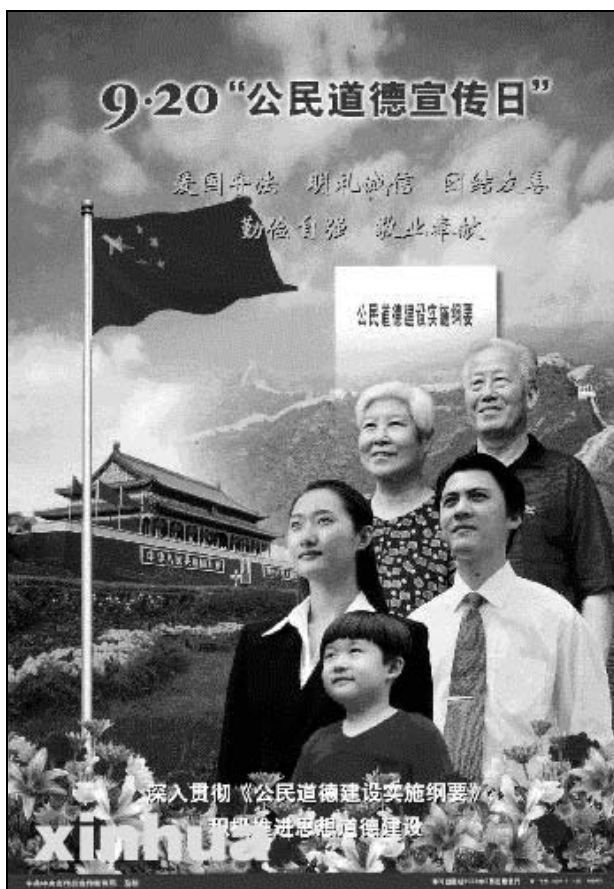
Neue Grundlage für Stabilität soll das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ (*hexie shehui*) bilden, das erstmals auf der 4. Plenartagung des XVI. Zentralkomitees im September 2004 vorgetragen und von Minister-

<sup>21</sup> So z.B. Interview, Shenyang, 7. März 2003.

<sup>22</sup> Vgl. ETZIONI 1995 und 1999.

<sup>23</sup> REESE-SCHÄFER 1996, S. 3.

präsident WEN JIABAO in seinem Rechenschaftsbericht an den Nationalen Volkskongreß im Februar 2005 erläutert wurde. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit (*rule of law*), Gerechtigkeit, Ehrlichkeit/Aufrichtigkeit (*sincerity*) und sozialer Ausgleich sollen diese Gesellschaft auszeichnen. Im



Plakat zum „Tag der Verbreitung der Bürgertugenden“ aus dem Jahr 2003.

Prinzip geht es um die Frage, auf welche Weise gesellschaftliche Widersprüche gelöst, die Ursachen dieser Widersprüche aufgehoben und gesellschaftliche Stabilität geschaffen werden können. Dies soll durch Schaffung einer soliden ökonomischen Grundlage, ökonomische und soziale Gerechtigkeit, ein funktionierendes Rechtssystem und die kontinuierliche Anhebung des Bildungsstandards erreicht werden.<sup>24</sup> Im Rahmen dieses Konzeptes sollen – wie der Soziologe HANG LIN betont hat – die Mittelschicht verbreitert, die Zahl der Angehörigen unterer Einkommensgruppen verringert und Korruption bekämpft werden.<sup>25</sup> Dabei soll das Ideal dieser Gesellschaft offensichtlich an die Stelle des abstrakten Ziels des „Kommunismus“ treten. Jedenfalls beschreibt die *Renmin ribao* die „harmonische Gesellschaft“ als das – nicht mehr allzu ferne – zu erreichende „gesellschaftliche Ideal“, in dem es allen gutgehe und gesellschaftliche Widersprüche zwar

weiter existierten, aber friedlich gelöst werden könnten und das man (wohl im Gegensatz zum Idealbild des „Kommunismus“) „fühlen“ könne.<sup>26</sup>

Das Konzept der harmonischen Gesellschaft stellt auch eine Rückkehr zu einem konfuzianischen Modell dar. Das konfuzianische Ideal der „Großen Harmonie“ (*datong*) soll erreicht werden, eine Gesellschaft ohne soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheiten, eine Gesellschaft sozialer und politischer Harmonie, im Unterschied zu einer neoliberalen Marktgesellschaft, gekennzeichnet durch Maximierung von Profit, Reichtum und Konsum.

Dieses Konzept verdichtet sich in der Politik zur Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“, die u.a. auch von den Nachbarschaftsvierteln her realisiert werden soll. Der Erfolg hänge davon ab, inwiefern es gelinge, Partizipation der Bewohner als „Lebensnerv“ und Voraussetzung einer solchen Gesellschaft zu realisieren. Neben Partizipation müsse zunächst die soziale Fürsorge und soziale Sicherung der Menschen auf der Ebene der Nachbarschaftsviertel verwirklicht werden.<sup>27</sup>

## Literatur

- CHEN JIAXING (2005), „Jixin gongzou hexie qu“ (Herzlich und gemeinsam harmonische Musik spielen), in: *Renmin ribao*, 8. März.
- DERLETH, JAMES – KOLDYK, DANIEL R. (2004), „The Shequ Experiment: Grassroots Political Reform in Urban China“, in: *Journal of Contemporary China*, Vol. 13, Nr. 41, S. 747-777.
- ETZIONI, AMITAI (1995), *Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus*, Stuttgart.
- ETZIONI, AMITAI (1999), *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*, Berlin.
- FENG CHUNMEI – XU ZHIFENG – GU CHUN – LI ZHANGJUNB – LI SHIYAN (2005), „Wennuan songjin qianwan jia“ (Warmherzig Millionen von Familien damit versorgen), in: *Renmin ribao*, 9. März.
- HEBERER, THOMAS (2004), „Soziale Frage und soziale Sicherung im urbanen Raum Chinas“, in: KUPFER 2004, S. 79-96.
- KUPFER, KRISTIN (Hrsg.) (2004), *Sozialer Sprengstoff in China? Dimensionen sozialer Herausforderungen in der Volkspublik*. Focus Asien 17, Essen.
- LI FAN (Hrsg.) (2002). *Zhongguo jiceng minzhu fazhan baogao 2000-2001* (Bericht über die Entwicklung der Basisdemokratie in China 2000-2001), Beijing (Dongfang chubanshe).
- LI XUEPING – CHEN WEIDONG (2002), „Jinnian lai chengshi shequ minzhu jianshe fazhan baogao“ (Bericht über die Entwicklung des Aufbaus der urbanen shequ-Demokratie seit diesem Jahr), in: LI FAN 2002, S. 310-337.

<sup>24</sup> Vgl. dazu QIANG WEI 2004 sowie verschiedene Beiträge im Rahmen der Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Regierung an den Nationalen Volkskongreß im März 2005, *Renmin ribao*, 7.-9. März 2003.

<sup>25</sup> WANG – ZHU 2004; vgl. auch *Renmin ribao*, 9. März 2005.

<sup>26</sup> Vgl. CHEN JIAXING 2005; MA – PEI 2005. Der Begriff der „harmonischen Gesellschaft“ weist Anklänge an den Begriff der *well-ordered society* von RAWLS auf. RAWLS bezeichnet damit eine Gesellschaft, die auf Gerechtigkeitsgrundsätzen und gemeinsamen Zielen der Bürger beruht, vgl. RAWLS 1993, S. 35ff.

<sup>27</sup> WU JUN 2005.



MA LI – PEI ZHIYONG (2005), „Bu xie zhuiqiu de fendou mu-biao“ (In der Zielerreichung nicht nachlassen), in: *Renmin ribao*, 3. März.

QIANG WEI (2004), „Zuohao wei hu wending gongzuo, cujan he-xie shehui jianshe“ (Die Arbeit zur Bewahrung von Stabilität gut durchführen, die Schaffung einer harmonischen Gesellschaft vorantreiben), in: *Renmin ribao*, 23. Dezember.

RAWLS, JOHN (1993), *Political Liberalism*, New York.

REESE-SCHÄFER, WALTER (1996), „Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 36, 30. August, S. 3-11.

*Renmin ribao* (Volkszeitung), Beijing.

*Shequ* (Community), Beijing.

WANG SHIJIE – YANG QIAOZAN (2003), „Tanzhe shequ zhongjie zuzhi“ (Über die Mittlerorganisationen in shequs), in: *Zhongguo minzheng*, Nr. 3, S. 21-22.

WANG WEIPING – ZHU LIN (2004), „China Aims at Harmonious Society“ (Internetversion), abgerufen am 17.12.2004 unter [http://news.xinhuanet.com/english/2004-12/17/content\\_2348778.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2004-12/17/content_2348778.htm).

WEN HONGYAN – FENG CHUNMEI – CAO HONGTAO – CAO LINGJUAN (2005), „Zhengfu: Cong ‚guanlixing‘ dao ‚fuwuxing‘“ (Regierung: von „Verwalten“ zu „Dienen“), in: *Renmin ribao*, 11. März.

WU JUN (2005), „Chuangjian wenming hexie shequ“ (Zivilisierte und harmonische shequs schaffen), in: *Renmin ribao*, 9. März.

XI ZHENGXI (2003), „Dibao shenhe nan zai nali“ (Warum ist die Überprüfung von Sozialhilfe so schwierig?), in: *Shequ* (Community), Nr. 9-18, S. 12-13.

XU RONGKAI (2005), „Nuli tigao xingzheng nengli, quanmian juxing zhengfu zhineng“ (Die administrative Kapazität erhöhen, die Funktionen der Regierung vollständig durchführen), in: *Renmin ribao*, 2. März.

ZENG QUN – WEI YANBIN (2004), „Shiye yu shehui paichi: yige fenxi kuangjia“ (Arbeitslosigkeit und soziale Verdrängung: ein Analyserahmen), in: *Zhongguo shehui kexue* (Sozialwissenschaften Chinas), Nr. 3, S. 11-20.

Zhonggong zhongyang zuzhibu ketizu (Arbeitsgruppe der Organisationsabteilung des ZK der KPCh) (Hrsg.) (2001), *2000-2001 Zhongguo diaocha baogao. Xin xingshi xia renmin neibu maodun yanjiu* (Untersuchungsbericht China in den Jahren 2000-2001. Untersuchung der Widersprüche im Volk unter den neuen Bedingungen), Beijing (Zhongyang bianyi chubanshe).

*Zhongguo minzheng* (Zivilangelegenheiten Chinas), Beijing.

Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan xinwen bangongshi (Pressebüro des Staatsrates der VR China) (Hrsg.) (2004), „Zhongguo de shehui baozhang zhuangkuang he zhengce“ (Aktueller Stand und Politik der sozialen Sicherung in China), in: *Renmin ribao*, 8. September.

ZHOU LANG (2003), „Dibao: Yige dou bu neng shao“ (Mindestsicherung: Einer darf nicht zu wenig sein), in: *Renmin ribao*, 30. Januar.

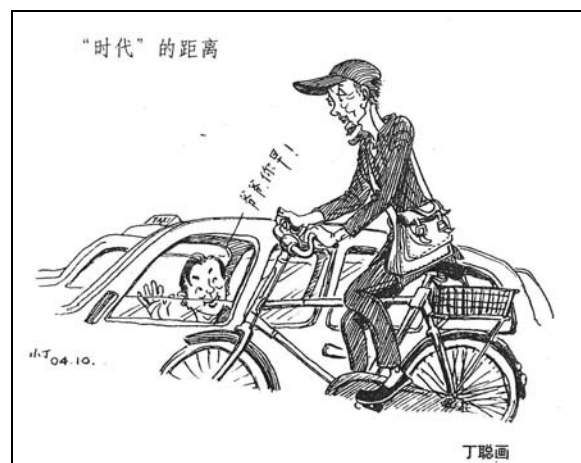
## SOZIALKRITISCHE KARIKATUREN AUS CHINA



Karikatur von ZHAO XIAOSU. *China Daily*, 11.-12.12.2004.



Karikatur von LIU YANFENG. *China Daily*, 28.07.2004.



Andere Zeiten: „Guten Morgen, Großvater!“  
Karikatur von DING CONG. *Dushu* 2004, Nr. 12, S. 110.

Zusammenstellung: Redaktion.